

Auch Bayern verlangt Corona-Aufschlag für Hartz-IV-Bezieher

In der Diskussion um einen finanziellen Pandemie-Ausgleich für die Bezieher von Hartz IV verlangt auch Bayern zusätzliche Hilfen. Hartz-IV-Empfänger und sozialschwache Bevölkerungsgruppen bräuchten in der Corona-Krise zum Schutz bessere Masken und mehr Desinfektionsmittel, sagte Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) der "Augsburger Allgemeinen" am Donnerstag. "Das alles kostet Geld, daher halten wir eine finanzielle Kompensation für Bedürftige für geboten." Dies helfe auch, die Ausbreitung von hochansteckenden Virus-Mutanten einzudämmen.

Holetschek forderte zusammen mit der bayerischen Sozialministerin Carolina Trautner (CSU) in einem Schreiben von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD), Bedürftigen eine zusätzliche finanzielle Unterstützung für die gestiegenen Lebenshaltungskosten zukommen zu lassen. "Die Regelbedarfssätze für die Gesundheitspflege sehen gerade einmal einen Betrag von 16,60 Euro monatlich vor", sagte Trautner der Zeitung. Dies reiche nicht, die zusätzlichen Belastungen aufzufangen.

Zuletzt hatte auch der CDU-Sozialflügel einen Corona-Zuschlag von 100 Euro pro Monat für Bezieher von Hartz IV verlangt, um die Mehrkosten durch die Verschärfung der Maskenpflicht auszugleichen. Bund und Länder hatten beschlossen, dass in Bussen und Bahnen sowie in Geschäften die besser schützenden FFP2-Masken oder OP-Masken getragen werden müssen. In Bayern sind ausschließlich die teureren FFP2-Masken im Nahverkehr und im Einzelhandel zugelassen.

Quelle: dpa